

Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika
Repräsentantenhaus
Washington, DC 20515

6. März 2018

Sehr geehrter Justizminister Sessions und stellvertretender Generalstaatsanwalt
Rosenstein:

Es sind Begebenheiten entstanden - sowohl vor kurzem als auch in anderen Fällen - die die Ernennung eines Sonderbeauftragten erforderlich machen. Wir machen diese Beobachtung und die damit verbundene Bitte nicht leichtfertig. Wir haben großen Respekt vor den Frauen und Männern der Strafverfolgung und der Bundesanwaltschaft. In der überwiegenden Mehrheit sind das Justizministerium, die Berufsstaatsanwälte und Strafverfolgungsbeamten, die dort arbeiten, und die US-Anwaltskanzleien im ganzen Land in der Lage, zu ermitteln, zu bewerten, Anklage zu erheben und Angelegenheiten strafrechtlich zu verfolgen, es gibt Bundesgerichtsbarkeit.

Dennoch gibt es Fälle, in denen ein tatsächlicher oder potenzieller Interessenkonflikt besteht oder zu bestehen scheint, oder es gibt Angelegenheiten, in denen das öffentliche Gut gefördert werden muss, und ein unabhängiger Sonderberater ist dazu berechtigt, wie die einschlägigen Bundesvorschriften vorsehen.

Wir glauben, dass bei bestimmten Entscheidungen, die 2016 und 2017 vom Justizministerium und vom FBI getroffen wurden, sowohl ein tatsächlicher Interessenkonflikt besteht als auch getrennt davon, aber ebenso wichtig, das öffentliche Interesse die Ernennung eines Sonderberaters erfordert.

In Bezug auf potenzielle und tatsächliche Interessenkonflikte haben Entscheidungen, die sowohl vom ehemaligen als auch vom derzeitigen Justizministerium und FBI-Beamten getroffen und nicht getroffen wurden, zu legitimen Fragen und Bedenken der Menschen geführt, denen wir alle dienen. Unter den mit der Untersuchung schwerer Fälle betrauten Personen gibt es Hinweise auf Vorurteile gegenüber deren Motivationen. Es gibt Beweise, dass bei Gerichtsakten politische Oppositionsforschung verwendet wurde. Es gibt Beweise dafür, dass diese politische Oppositionsforschung weder untersucht wurden, bevor sie verwendet wurde, noch dem zuständigen Gericht vollständig offenbart wurden. Mit dem FISA-Prozess sind Fragen aufgeworfen worden,

die das Vertrauen der Öffentlichkeit und des Kongresses in signifikante Prozesse des Spionage-Abwehr-Programms und jene, die mit der Überwachung und Umsetzung dieser Spionage-Abwehr-Prozesse betraut sind, gefährden.

Da die Entscheidungen sowohl des ehemaligen als auch des derzeitigen Justizministeriums und von FBI-Beamten in Frage stehen, sind wir nicht der Ansicht, dass das Justizministerium in der Lage ist, diese Tatsachenmuster auf eine Art und Weise zu untersuchen und zu bewerten, die das öffentliche Vertrauen stärken könnte. Während wir dem Generalinspektor für das Justizministerium vertrauen, ist das DOJ IG nicht befugt, andere Regierungsstellen oder ehemalige Mitarbeiter der Abteilung, des Büros oder anderer Agenturen zu untersuchen.

Einige haben sich geweigert, die Ernennung eines Sondergesandten zu beantragen, weil eine solche Ernennung für die ungewöhnlichen Fälle reserviert werden sollte, in denen die bestehenden Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden diese Aufgaben nicht angemessen erfüllen können. Wir glauben, dass dies ein solcher Fall ist.

Dementsprechend fordern wir, dass Sie einen Sonderberater ernennen, der Entscheidungen überprüft, die das Justizministerium und das FBI in den Jahren 2016 und 2017 getroffen haben und nicht getroffen haben, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Beweise für Voreingenommenheit durch Mitarbeiter oder Vertreter des Justizministeriums, des FBI oder andere an der Untersuchung beteiligte Stellen, die Entscheidung, Anklage zu erheben oder nicht, und ob diese Entscheidungen mit den geltenden Tatsachen, dem anzuwendenden Recht und den traditionellen Ermittlungs- und Strafverfolgungspolitiken und -verfahren in Einklang gebracht wurden und ob der angewandte FISA-Prozess im Herbst 2016 angemessen und ohne äußeren Einfluss gewesen ist.

Vielen Dank für Ihre schnelle Antwort auf diese wichtige Anfrage.

Mit freundlichen Grüßen,

Bob Goodlatte

Vorsitzender, Hausjustizausschuss

Ted Gowdy

Vorsitzender, House Oversight und Government Reform Committee